

Auf ein Wort vorweg: „Vorsicht Falle ... Nepper, Schlepper, Bauernfänger“

Liebe Genossinnen und Genossen,

in der vergangenen Stadtverordnetenversammlung musste ich an früher denken ... und ausgerechnet die AfD-Fraktion war es, die mich in Erinnerungen an lang vergangene Tage schwelgen ließ.

Los ging alles mit dem AfD-Antrag „Erhöhung der Zuschüsse für das Darmstädter Tierheim“. „Wie putzig“, dachte ich da bei mir, nun haben sie ihr Herz für Tiere entdeckt. Mit diesem Gedanken startete meine Rückschau: Mensch, früher, da gab es die Aktion „ein Herz für Kinder“. Und schon prasselten weitere Erinnerungen auf mich ein. Denn zur gleichen Zeit, als der rote Herz für Kinder-Aufkleber allenthalben prangte, war auch noch etwas anderes schwer angesagt: Eduard Zimmermann, unter anderem mit seiner Sendung „Vorsicht Falle ... Nepper, Schlepper, Bauernfänger.“ Ihr wisst ja, wie das so ist, wenn eine Gedankenspirale erst mal losgeht ... und schon kommt man von der AfD zu Edes „Vorsicht Falle“.



Bei diesem Gedanken war ich dann aber wieder in der Gegenwart und trat ans Rednerpult, denn ich bin überzeugt: Wir müssen die AfD stellen. Deshalb können und dürfen wir uns bei deren Agitationen auch nicht schweigend zurück lehnen und die Kommentierung dem Magistrat überlassen. Ich war vorbereitet. Nachdem ich den Antrag zum Tierheim erstmalig gelesen hatte – und das war nicht erst in der StaVo – hatte ich umgehend einen Termin im Tierheim vereinbart. Was ich dort, im Gespräch mit den Mitarbeitern erfahren hatte, berichtete ich nun im Stadtparlament: 1.: Das Tierheim möchte nichts mit der AfD zu tun haben; 2.: Das Tierheim verbittet es sich, dass die AfD – vermeintlich wohlmeinend – etwas tut, was nach deren Meinung im Sinne des Tierheims ist; 3.: hat das Tierheim im Moment ganz andere Sorgen.

Mit den Aussagen der Tierheimleitung konfrontiert, wurde es still in der AfD-Fraktion. Was ansonsten in der StaVo gesprochen wurde, erfahrt Ihr auf den folgenden Seiten.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Euch Euer

A handwritten signature in black ink, which appears to read "Michael Siebel". The signature is written in a cursive, somewhat stylized script.

Michael Siebel
Fraktionssprecher

Schwangerenkonfliktberatung

„Schutzzone leider notwendig, um Frauen vor Bedrängung zu schützen“

Von Anne Marquardt

Die Stadtverordnetenversammlung hat dem Eilantrag der Fraktion Uffbasse über die Einrichtung einer Schutzzone für Einrichtungen und ÄrztInnen in Darmstadt, die eine Schwangerschaftskonfliktberatung durchführen, zugestimmt. Die Gruppe „40 Tage für das Leben“, eine Gruppe christlicher Fundamentalisten, hat u.a. in Darmstadt Demonstrationen vor Beratungsstellen der Schwangerenkonfliktberatung angekündigt. Deshalb war ein dringliches Zeichen des Stadtparlaments notwendig.

Diesen Antrag haben wir unterstützt, denn wir wollen den Frauen, die eine Beratung aufsuchen, zur Seite stehen. Das Recht auf freie Meinungsäußerung nach Art 5 des Grundgesetzes und das Versammlungsrecht sind ein hohes Gut. Sie sind Teil unserer demokratischen Gesellschaft.



Das hessische Innenministerium hat vor Kurzem auf Anfrage der Frankfurter Rundschau mitgeteilt, dass örtliche Behörden versammlungsrechtliche Auflagen im Umfeld von Beratungsangeboten machen können. In meinem Leben habe ich selten so viele ungefragte Ratschläge bekommen, wie seit dem Moment, seit dem ich ein Kind habe. Da wissen Menschen auf dem Luisenplatz, warum das Kind jetzt nicht weiter laufen will; da wird man auf dem Spielplatz kritisiert, weil das Kind keine Handschuhe trägt. Ein derart übergriffiges und unverschämtes Verhalten habe ich bisher nicht erlebt.

Es scheint eine Art ungeschriebenes Gesetz zu sein, dass man Frauen ungefragt Ratschläge geben darf. Dieses Verhalten nervt, ist unmöglich und kann auch verunsichern. Wenn sich schon Mütter solchen Situationen ausgesetzt sehen, dann will ich mir nicht vorstellen, was für ein Gefühlschaos Frauen durchmachen, die eine Beratungsstelle zu Fragen des Schwangerschaftsabbruchs aufsuchen. Da ist Unsicherheit, Angst und vieles mehr. Da braucht man vieles, aber sicherlich keine erzkonservativen Abtreibungsgegner. Wir müssen verhindern, dass Frauen von solchen radikalen Gruppen bedrängt werden. Das Recht der Frauen auf sichere Beratung und das Recht der Frauen, Entscheidungen über ihren Körper zu treffen und sie vor Bedrängung zu schützen, machen eine solche Schutzzone (leider) notwendig.

Fortschreibung Luftreinhalteplan

„So oder so ist das Kind Dieselfahrverbote in den Brunnen gefallen“

Von Michael Siebel

Diesel-Fahrverbote in Darmstadt: Der Vergleich zwischen VCD, Deutscher Umwelthilfe und Hessen zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans lag nun den Stadtverordneten zur Kenntnisnahme vor. SPD-Fraktionschef Michael Siebel warnte davor, dies zu tun. „Es ist notwendige Voraussetzung, diese Kenntnisnahme nicht zur Kenntnis zu nehmen, um Fahrverbote gegebenenfalls noch zu vermeiden.“



Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung, insbesondere des Verwaltungsgerichts-Urteils für Wiesbaden, mahnte Siebel vor einer unbedachten Kenntnisnahme des Luftreinhalteplans, der Dieselfahrverbote für Teile der Hügel- und der Heinrichstraße festlegt. „In Wiesbaden wurde ein Luftreinhalteplan vorgelegt, der auf Fahrverbote verzichtet und der das Gericht, ebenso wie die Deutsche Umwelthilfe, trotzdem überzeugt hat. Da fragt man sich, warum das in Darmstadt nicht möglich gewesen ist.“ In der Vergangenheit hat der Magistrat stets betont, dass die Wissenschaftsstadt mit dem „Green City Plan“ ganz weit vorne liege und dass Fahrverbote zu vermeiden wären, wie Siebel erinnerte. „Heute wissen wir, dass dem nicht so war, dass Wiesbaden uns abgehängt hat.“

Gleichwohl räumte der SPD-Fraktionsvorsitzende ein: „Es könnte natürlich auch sein, dass wir tatsächlich den besseren Plan zur Vermeidung von Stickoxyden haben.“ Aber dann habe der Magistrat einen taktischen Fehler begangen -und zwar mit der Zustimmung zum Vergleich zwischen dem Land Hessen und der Deutschen Umwelthilfe. Siebel: „So oder so ist das Kind Dieselfahrverbote in den Brunnen gefallen.“

Aber wie kommt Darmstadt da wieder raus? Im Haushaltsausschuss hat der Stadtkämmerer – von der SPD-Fraktion auf dieses Dilemma hingewiesen – berichtet, dass das Rechtsamt zurzeit ein Gutachten erstellt. Geprüft werden soll, ob zwei Vertragspartner, in diesem Fall die Deutsche Umwelthilfe und das Land Hessen, zu Lasten Dritter, in diesem Fall der Stadt Darmstadt, Vergleiche schließen können. „Dass dieser Vergleich zweifelsfrei zu Lasten der Wissenschaftsstadt Darmstadt geht, ist klar“, meinte Siebel. „Wir müssen Dieselfahrverbote und natürlich



auch die anderen Maßnahmen durchführen und kontrollieren.“ Und diese Kontrolle wird zum Problem werden, wie er prophezeite. Sie wird die ohnehin klamme Stadt Geld kosten. Obendrein ist bis heute nicht klar, wie eigentlich ein Diesel-Fahrverbot kontrolliert werden soll.

Daher beantragte Siebel für die SPD-Fraktion, diese Kenntnisnahme so lange zurückzustellen, bis das Gutachten des Rechtsamt von den Stadtverordneten bewertet werden konnte. „Sollte das Gutachten ergeben, dass ein Vergleich nicht zu unseren Lasten geschlossen werden kann, wäre eine Kenntnisnahme heute sogar kontraproduktiv, weil sie implizieren würde, dass wir mit dem Dieselfahrverbot einverstanden sind.“ Aber das widerspräche der bisherigen Haltung des Stadtparlaments. In vielen Beschlüssen hat die Stadtverordnetenversammlung immer wieder deutlich gemacht: ein Dieselfahrverbot löst nicht die Probleme, sondern führt nur zu neuen Belastungen an anderer Stelle.



Klimaschutzpreis

„Augenmerk mehr auf die Neubauten richten“

Von Yasemin Aslan

„Der Klimaschutzpreis ‚Nachhaltiges Bauen‘ ist Maßnahme 133 des integrierten Klimaschutzkonzepts – deswegen ist es nur richtig, dass es jetzt in Form eines Wettbewerbs aufgegriffen wird“, sagte Yasemin Aslan, umweltpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

Während das „Ob“ unstrittig war, hatte das „Wie“ im Unterausschuss für Diskussionen gesorgt. Am Ende konnte sich die SPD-Fraktion mit ihren Positionen durchsetzen. So wurden folgende Kriterien für die Preisvergabe aufgenommen: Relevanz für den Klimaschutz im Stadtgebiet Darmstadt, Beitrag zu den städtischen Klimaschutzziele, Messbarkeit von Energie- und Treibhausgas-Einsparungen, Kosteneffizienz, Kreativität und Innovationsgehalt, Übertragbarkeit und Vorbildcharakter.

Auch bei der Besetzung der Jury konnten die Sozialdemokraten Einfluss nehmen. Die ursprünglich vorgesehene Berufung von Personen wurde daher aufgegeben zugunsten einer Berufung von Institutionen. Aslan: „Hier war es sinnvoll, lokale Akteure der Stadt zu platzieren.“ Lobend erwähnte sie ebenfalls die überschaubaren Kosten sowie die jährliche Auslobung. Kritisch hinterfragte die Umweltpolitikerin jedoch, wozu es eigentlich geht.

Der Klimaschutzpreis „Nachhaltiges Bauen“ richtet den Fokus auf energetisch sanierte Objekte sowie energetisch innovative Neubauten mit dem Ziel, die energetische Sanierungsquote zu erhöhen, wie Aslan erläuterte. „Aber das ist uns zu weit gefasst“, stellte sie für die SPD-Fraktion klar. Grund: „Wie wir alle wissen, ist gerade die energetische Sanierung eine Maßnahme, die zu Mieterhöhungen führt und somit Mieter belastet.“

Mit Verweis auf die Medienberichterstattung erinnerte Aslan daran, dass gerade in den vergangenen Monaten Mieter_innen von Wohnungsgesellschaften nach energetischen Sanierungen auszogen, weil sie sich die Miete schlichtweg nicht mehr leisten konnten. „Es ist also nicht alles Gold, was glänzt“, schloss die Sozialdemokratin. „Aus diesem Grund wollen wir das Augenmerk mehr auf die Neubauten richten, und nicht auf den Bestandsbau und bitten die Jury, das zu beachten.“ Abgesehen von dieser Einschränkung sei die Vorlage jedoch sinnvoll, weil ein öffentliches Bewusstsein für den Klimaschutz generell, aber auch für das energetische Bauen im Speziellen geschaffen werde. Aus diesem Grund stimmte die SPD-Fraktion der Schaffung des Preises zu.



Foto: Tina Fischer

Flüchtlinge

„Die Pflicht zur Rettung ist ein Aufruf der Menschlichkeit“

Von Sabine Heilmann



Foto: Gerd Altmann/pixabay

Anfang Februar gab es in der Innenstadt einen gemeinsamen Aufruf der Flüchtlingsbewegung „Seebrücke Darmstadt zum sicheren Hafen“ mit anderen Initiativen; Hunderte demonstrieren gegen das Sterben von Flüchtlingen im Mittelmeer. Sie sendeten ein Startsignal an die Stadt, sich für sichere Fluchtwege, eine menschenwürdige Flüchtlingsaufnahme und eine Entkriminalisierung der Seenotrettung einzusetzen. Die SPD-Fraktion solidarisiert sich damit.

„In diesem Sinne folgen wir dem Aufruf des Oberbürgermeisters, der Städteinitiative zu folgen und 30 von Seenot gerettete Flüchtlinge in Darmstadt aufzunehmen“, erklärt die Stadtverordnete Sabine Heilmann. „In diesem Sinne folgen wir dem Aufruf des Oberbürgermeisters, der Städteinitiative zu folgen und 30 von Seenot gerettete Flüchtlinge in Darmstadt aufzunehmen“, erklärt die Stadtverordnete Sabine Heilmann. Der Beitritt habe schließlich symbolischen Charakter und demonstriere, sich gegen die Kriminalisierung der Seenotrettung und die Abschottung der europäischen Außengrenzen zu wenden. „Von Solidarität kann bei der Haltung einiger Europäischen Staaten in der Realität nicht die Rede sein; manche Debatten um die Verhinderung der Fluchtwege über das zentrale Mittelmeer

werden immer abwegiger“, kritisiert Heilmann. Die Pflicht zur Rettung ist für sie ein Aufruf der Menschlichkeit. Auch der überwiegende Teil der Bevölkerung in der Stadt sei sicher einverstanden, zur Solidarität mit den anderen helfenden Städten aufzurufen.



Zudem kommen in der letzten Zeit weniger Flüchtlinge nach Darmstadt als vor zwei Jahren. Die Stadtverordnete möchte den Blick nicht auf Zahlen lenken, sondern auf die Menschen, die dahinter stehen. „Bestimmt wird es keinem Menschen in der Stadt schlechter gehen, wenn wir 30 zusätzliche Flüchtlinge aufnehmen werden.“ Sollte es Bedenkenträger geben, müsse man auf die Menschen konkret zugehen, Überzeugungsarbeit leisten und Probleme direkt angehen.

Heilmann: „Die SPD Fraktion unterschreibt die Absichtserklärung der Städte und es bleibt dem Oberbürgermeister unbenommen, diese Bereitschaft der Stadt der Bundeskanzlerin mitzuteilen.“

Flüchtlinge

„Im Zweifel für die Minderjährigkeit; das Kindeswohl ist zu wahren“

Von Sabine Heilmann



Die SPD-Fraktion widerspricht dem Antrag der AFD für eine Beweislastumkehr zur Altersfeststellung von unbegleiteten, minderjährigen Asylbewerbern: Die AFD Fraktion wollte mit ihrem Antrag in der letzten Stadtverordnetenversammlung der Stadt Darmstadt vorschreiben, wie die Inaugenscheinnahme der Fachämter der Jugendhilfe zu erfolgen hat, wenn keine Papiere bei minderjährigen Flüchtlingen vorliegen. Zudem sollte die Stadt beim Land darauf einwirken, die Altersfeststellung hessenweit bei jungen Migranten zu ändern.

Konkret geht es der AFD um die Umkehr der Beweislast zur Altersfeststellung unbegleiteter jugendlicher Flüchtlinge. Das verwundert nicht. Schließlich wirft die AFD der Regierung bundesweit Versagen in der Flüchtlingspolitik vor und versucht, über die Innenministerien der Länder die Beweislastumkehr einzuführen.

„Die Politik in Darmstadt hat mit Partnern und vielen Ehrenamtlichen Verantwortung für viele junge Flüchtlinge übernommen und dafür Sorge getragen, dass die jungen Menschen hier gut ankommen und angemessene Unterstützung finden“, sagt die SPD-Stadtverordnete Sabine Heilmann. Sie berief sich auf die Laut UN Kinderrechtskonvention, der zufolge viele Kinder und Jugendliche über keine gültigen Passdokumente verfügen, weil diese vor oder während der langen Flucht aus unterschiedlichen Gründen abhandengekommen sind.

„Die AFD schürt die Veränderung des gesellschaftlichen Klimas, indem Sie mit wachsender Fremdenfeindlichkeit und ständiger Hetze versucht, unsere gute Willkommenskultur in Darmstadt schlecht zu reden“, kritisiert die Kommunalpolitikerin.

Die SPD Fraktion lehnt ebenso wie ein breites Bündnis von sozialen Verbänden und Organisationen Gesetzesänderungen zur Beweislastumkehr und zum verstärkten Einsatz medizinischer Methoden zur Alterseinschätzung bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ab. Eine gesetzliche Grundlage für die Beweislastumkehr fehlt auch in Hessen, wie Heilmann erläutert. Zudem sind die verfassungsrechtlichen Anforderungen an ärztliche Eingriffe, die keinen Heilzweck verfolgen, enorm hoch und für Heilmann daher als nicht zielführende Grundrechtseingriffe abzulehnen.



„Die zuständigen Jugendämter agieren nicht nach eigenem Gutdünken“, meint sie und verweist auf das Kinder- und Jugendhilfegesetz, das die Frage der Alterseinschätzung verbindlich regelt. Hier gebe es umfangreiche, gute Verfahren, bei denen das Jugendamt bei nicht ausräumbaren Zweifeln als letztes Mittel eine medizinische Untersuchung veranlassen könne. „Das Hauptziel von Alterseinschätzungsverfahren muss nämlich der Schutz von Minderjährigen sein“, erläutert Heilmann.

Die Stadtverordnete abschließend: „Eine Beweislastumkehr hätte zur Folge, dass zahlreiche Minderjährige bis zur Klärung in Erwachsenenunterkünften untergebracht würden und keinen Zugang zur Jugendhilfe hätten. Das Primat der Kinder und Jugendhilfe muss nach dem Amtsermittlungsgrundsatz „im Zweifel für die Minderjährigkeit“ erhalten bleiben und das Kindeswohl von Minderjährigen ist zu wahren. Notwendige Hilfen sind nach den Gesetzen sicher zu stellen.“



Bildungsbericht

„Bildung ernst nehmen, als in den letzten Jahren“

Von Michael Siebel

„Stellschrauben finden“, „Handlungsfelder identifizieren“ – diese Begriffe stellen die beiden verantwortlichen Dezernenten in ihrem Vorwort dem ersten Darmstädter Bildungsbericht voran. Michael Siebel nimmt sie beim Wort. Im Stadtparlament forderte er daher: „Wenn der Bildungsbericht einen Sinn haben soll, muss diskutiert werden, was jetzt zu tun ist und welche Konsequenzen wir zu ziehen gedenken.“

Die zentralen Zahlen für Darmstadt: Bis 2020 wird ein Bevölkerungswachstum von 11% erwartet, 56% der Kinder haben einen Migrationshintergrund und der Anteil am Bildungs- und Teilhabepaket nach SGB II liegt

mittlerweile bei 75,5%. Daraus schließt Siebel, „dass wir auch in Darmstadt eine große Diskrepanz bei den Bildungschancen haben.“ Der Zusammenhang zwischen Sprachkenntnissen und Migrationshintergrund einerseits und Bildungschancen andererseits ist für ihn augenfällig. Obendrein stellt der Bildungsbericht einen Zusammenhang zwischen Sprachkompetenz und Verweildauer in den KiTas fest.

„Deshalb ist die erste Forderung und Konsequenz, die aus dem Bericht zu ziehen ist, die Verweildauer in Kindertagesstätten zu verlängern, gerade bei den Menschen, die ihre Kinder eher nicht oder nur kurz in die Kitas schicken“, forderte Siebel im Stadtparlament. Das hat aus seiner Sicht wiederum viel mit der Qualifikation und Wertschätzung der Erzieherinnen zu tun. Folglich stellte er fest, dass die SPD Fraktion mit ihrer Forderung nach einer Höhergruppierung von Erzieherinnen richtig liegt. Die zweite Forderung, die Siebel aus dem Bildungsbericht ableitete, lautete Ausbau der Sprachförderung. „Deshalb muss untersucht werden, warum von bestimmten Kindern die Vorlaufkurse nicht besucht werden.“

Wie aus dem Bericht hervorgeht, muss bis 2020 mit 700 – 800 zusätzlichen Kindern in den Grundschulen gerechnet werden. In den jüngsten Ausschussberatungen wurden sogar noch höhere Zahlen genannt. „Auch wir wollen, dass Darmstadt wächst“, betonte der SPD-Fraktionschef, „aber es muss auch die Infrastruktur mit wachsen.“ Deshalb war Siebels dritte Forderung, Grundschulen durch Neubau und Erweiterung weiter voran zu bringen. Er geht nämlich davon aus, dass bis 2020 etwa fünf neue Grundschulen benötigt werden.

Als weitere Baustelle offenbart der Bildungsbericht die weiterführenden Schulen. 60% aller Schüler*innen besuchen in Darmstadt ein Gymnasium. Das ist die höchste Prozentquote in Hessen. „Ob wir darauf nur stolz sein sollten, stelle ich in Zweifel“, meinte Siebel. Er verwies darauf, dass Migrant*innen bevorzugt Integrierte Gesamtschulen und Gesamtschulen besuchen. „Wir setzen uns dafür ein, dass die nächste weiterführende Schule eine Integrierte Gesamtschule sein muss um eine klare Konsequenz aus dem Bildungsbericht zu ziehen.“

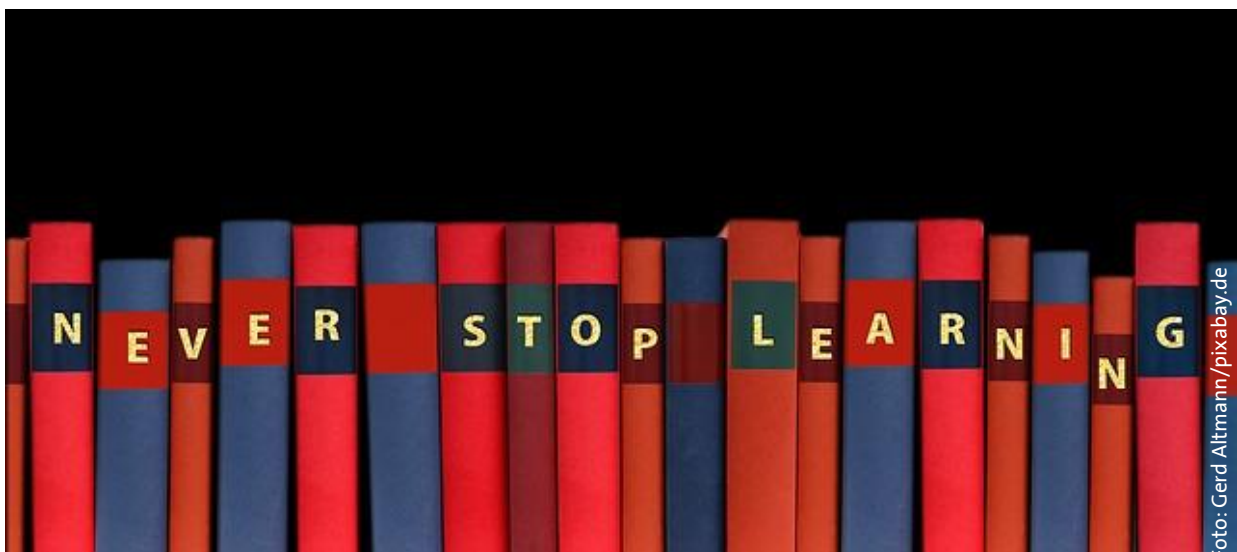
Nächste Baustelle ist für die SPD-Fraktion die festgestellte und zunehmende Segregation in Darmstadt. Deshalb müssen die sozialräumlichen Analysen mit den Zahlen des Bildungsberichts in Verbindung gebracht werden, wie Siebel ausführte. So gibt es eine Korrelation zwischen den Stadtteilen mit ungünstigem Sozialindex und den kinderreichen Stadtteilen. „Deshalb müssen diese Stadtteile nicht nur bevorzugt betrachtet werden, sondern auch bevorzugt gefördert werden“, forderte Siebel. „Bei der Bildung darf nicht das Prinzip Gießkanne gelten, sondern es muss dort gefördert werden, wo die Notwendigkeit für Förderung am größten ist.“



Basierend auf dem Bildungsbericht identifizierte Siebel als fünfte Baustelle die Beruflichen Schulen. Hintergrund ist, dass dort die Zahl der Schüler*innen abnimmt. „Das darf uns nicht freuen“, monierte der Sozialdemokrat. Ebenso traurig sei die Tatsache, dass 20% aller Schüler*innen in dualen Ausbildungsgängen keinen Abschluss erlangen. Deshalb forderte Siebel, die Beruflichen Schulen ganz besonders zu fördern und zu unterstützen. „Auch baulich müssen sie die Besten in Darmstadt werden, denn sonst bekommen wir ein Problem.“

Damit hängt auch zusammen, was zwar nicht Gegenstand des Berichts ist, aber was mit ihm zusammenhängt: die Bildungsregion. Gerade im Berufsschulbereich ist es dringend geboten, in der Bildungsregion zu denken, wie Siebel betonte. „Es ist nicht hinnehmbar, dass wir nicht zu einer gemeinsamen Berufsschulplanung mit dem Landkreis gekommen sind. Deshalb werden wir an dieser Stelle auch in Zukunft Druck machen“, kündigte er an.

Abschließend dankte Siebel den Autorinnen und allen Mitwirkenden des Bildungsberichts und mahnte: „Jetzt ist aber Handeln angesagt. Der Bericht ist kein Hinweis zum Ausruhen, sondern eine Aufforderung Bildung ernster zu nehmen, als das in den letzten Jahren in Darmstadt getan wurde.“





Bessungen

„Im Zweifel für die Minderjährigkeit; das Kindeswohl ist zu wahren“

Von Sabine Heilmann

Erneuter Appell an die Stadt zur Behebung der baulichen Missstände auf dem Bessunger Hausberg: Die SPD Bessungen und die SPD-Fraktion kritisieren seit dem Jahr 2012 die mangelnden Dringlichkeitsarbeiten der Stadt am Ludwigsturm und der Aussichtsterrasse auf der Ludwigshöhe.

Schon früh hatten die Sozialdemokraten darauf hingewiesen, dass sich das Regenwasser auf der Plattform sammelt, nicht abfließen kann und die Gefahr besteht, dass der Hang abrutscht.

„Schließlich wird die Ludwigshöhe mit ihrem Ausblick als Spazier- und Wanderziel von vielen Bürgerinnen und Bürgern sowie Festbesuchern und Freunden der Waldkunst gerne besucht“, so der Hinweis der Bessunger SPD-Stadtverordneten Sabine Heilmann. Mittlerweile ist wenigstens der Vorplatz vor dem Ausflugslokal wieder ansehnlich hergerichtet. Dies verdankt sich allerdings nicht dem Engagement der Stadt, sondern dem ehrenamtlichen Einsatz des Vereins BBL. Durch Spendengelder konnten fleißige Vereinsmitglieder mit Unterstützung der TU den Platz überarbeiten. „Schade ist, dass die Nutzungen am Hang und Turm auf der Ludwigshöhe zum Bedauern der Besucher so lange eingeschränkt sind und man von den Bänken auf das Gitter um die Plattform schaut“, sagte Heilmann.

Die Kommunalpolitikerin erkundigte sich im Rahmen der Fragestunde in der Stadtverordnetenversammlung erneut: „Wann werden aufgrund des längst bekannten, dringenden Handlungsbedarfs die Aussichtsplattform (Hang) und der Aussichtsturm auf dem gut besuchten Bessunger Hausberg saniert und die Missstände endlich behoben?“

Oberbürgermeister Jochen Partsch antwortete, dass im Wirtschaftsplan 2019 des Eigenbetriebes Immobilienmanagement Darmstadt für die Abdichtung des Aussichtsturmes und der Mängelbeseitigung der hier bekannten Schäden sowie der Aussichtsterrasse 250.000 Euro veranschlagt sind. Die Planungsaufträge für die anstehenden Sanierungen könnten mit Freigabe des Haushaltes, voraussichtlich im Frühjahr 2019, vergeben werden. Ein Unternehmen zur Beseitigung von Kampfmitteln wurde bereits für die Sondierung im Bereich der Aussichtsterrasse beauftragt. Die Sondierungen erfolgen im Frühjahr 2019. Nach Vorliegen der Ergebnisse der Sondierungen könne dann ein Zeitplan für die Sanierungsarbeiten erstellt werden. Die Stadtverordnete bedankte sich dafür, dass endlich Zeichen gesetzt werden, mit den Sanierungsmaßnahmen zu beginnen.

Kurz gefragt & schnell beantwortet



Ursula Knechtel: „Wann werden endlich die erheblichen Gehwegschäden auf dem Bürgersteig in der Roßdörfer Straße zwischen Hausnummer 75 und Inselstraße behoben, damit Menschen mit Rollstuhl oder Rollator sowie Fußgänger keinen Verletzungsgefahren mehr ausgesetzt sind?“

André Schellenberg: „Das Beheben der Gehwegschäden erfolgt, sobald dies die Witterungsbedingungen zulassen. In der kalten Jahreszeit kann kein Asphalt eingebaut werden.“

Knechtel: „Wird es noch vor dem Sommer geschehen?“

Schellenberg: „Ja, das kann ich zusagen.“

Michael Siebel: „Wo werden die Ersatzbäume für die für die Lichtwiesenbahn gefälltten Bäume wieder aufgeforstet?“

Oberbürgermeister Jochen Partsch: „Der erforderliche Ausgleich für den Verlust von Biotopstrukturen und Einzelbäumen kann nur zum Teil durch trassennahe Maßnahmen erbracht werden. Trassennah werden in der Nieder-Ramstädter Straße im Bereich der Georg-Büchner-Schule Ersatzbäume gepflanzt.“

Der Hauptteil der Kompensation vollzieht sich im Bereich des Katharinenfalltorwegs durch Hochstämme aus Obstbäumen, Streuobstwiesen und Begleitgrün. Das dient als Erosionsschutz und soll gleichzeitig den Waldrand neu aufbauen. Die Umsetzung soll noch in diesem Jahr beginnen.



Tim Huß: „Wie weit sind die Planungen für die Erneuerung des Radweges nach Roßdorf?“

OB Partsch: „Die Vermessung und das Bodengutachten für die gesamte Strecke wurden durchgeführt und die Ergebnisse liegen vor. Für die weitere Planung wurde die Strecke in zwei Bauabschnitte unterteilt. Hierbei ist der planungsfortschritt wie folgt:

Erster, innerstädtischer Bauabschnitt: Zuführungsstrecke (Heinrichstraße bis Hanauer Straße): Die Planung ist vergeben und die Variantenuntersuchung läuft derzeit. Mit dem Ergebnis dieser Untersuchung soll ein politischer Beschluss über die Führung des Radweges erfolgen. Im Zuge dessen wird auch ein Zeitplan erstellt.

Zweiter Bauabschnitt: Freie Strecke (Hanauer Straße bis Ausbauende): Vorplanung/Entwurfsplanung wird gerade von einem Ingenieurbüro erstellt. Ende 2020 soll dieser (mit Fördergeldern realisierte) Abschnitt fertiggestellt sein.

Anne Marquardt: „Hat der Magistrat bereits einen Plan, wie er dieses Jahr auf Nilgänse am Woog und den Darmstädter Gewässern reagieren will?

Bürgermeister Rafael Reißer: „Der Eigenbetrieb Bäder wird auch in 2019 Maßnahmen zur Vergrämung der invasiven Nilgänse ergreifen.

Darüber hinaus ist es ein Ziel, mögliche Brutflächen unattraktiv zu gestalten. Daher ist auch in 2019 geplant, einen Zaun entlang der großen Liegenwiese am Woog (Insel) aufzustellen. Der Zaun soll bewirken, dass Nilgänse mit Jungtieren (Gösseln) der Zugang zum Wasser verwehrt wird. Die Erfahrungen aus dem Vorjahr haben gezeigt, dass ein Vergrämungseffekt durch den Zaun eingetreten ist. Der Zaun wird im Gegensatz zum Vorjahr nur etwa 50 cm hoch sein. Am Arheilger Mühlchen ist aufgrund anderer örtlicher Gegebenheiten kein Zaun geplant.

Ferner wird durch einen städtischen Mitarbeiter sowohl am Arheilger Mühlchen wie auch am Woog regelmäßig Jagddruck ausgeübt. Ziel ist es, ein Brüten der Nilgänse in den Freibädern zu verhindern. Die im Vorjahr ergriffenen Maßnahmen haben gezeigt, dass das Aufkommen reduziert werden konnte. Als weitere Folge konnte im Herbst beobachtet werden, dass heimische Tierarten wie der Höckerschwan, Stockente, Haubentaucher und Blässhuhn vermehrt an den Woog zurückkehrten.

Weitere Maßnahmen werden in Abstimmung mit dem Umweltamt geprüft. Der Eigenbetrieb Bäder steht darüber hinaus in einem hessenweiten Informationsaustausch unter Federführung des Hessischen Landesamtes für Naturschutz, Umwelt und Geologie

